

Danziger Zeitung.

Nr. 18347.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslands angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepflegte gemöhlische Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfsg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Politische Uebersicht.

Danzig, 19. Juni.

Das Einverständniß zwischen Deutschland und England.

Vorgestern spät Abends hat, wie schon gemeldet, der „Reichsanzeiger“ in einer Extraausgabe diejenigen Punkte bezeichnet, über welche sich die deutsche und englische Regierung bei den Verhandlungen über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Afrika verständigt haben. Mag man sonst über die Bedeutung dieser Uebereinkunft, insoffern es sich um Gebiete handelt, von denen neulich Lord Salisbury im Parlament geringfügig bemerkte, daß sie von der Küste aus in dreimonatlichen Reisen zu erreichen seien, denken wie man will — ein hervorragender Lichtpunkt ist die Abtretung der Insel Helgoland an Deutschland. Dass der Besitz dieser durchaus deutschen Insel für England, welches dort nur einen gutbezahlten Gouverneur unterhielt, wertlos ist, ändert an der Bedeutung des Jugeständnisses für Deutschland nicht das Mindeste. Helgoland im englischen Besitz, in welchem es sich seit dem Jahre 1807 befand, war eine dauernde Verleihung des deutschen Nationalgefühls, Helgoland in den Händen unserer Nordseeküste von großem Werthe sein.

Bürgt schon die Zustimmung Englands zur Abtretung dieser Insel für die dauernde Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen der beiden, durch Abstammung verwandten Völker, so hat die Uebereinkunft die weitere hoherfreudliche Bedeutung, daß sie den bisher bestehenden Streitigkeiten zwischen den deutschen und englischen colonialpolitischen Bestrebungen ein Ende macht.

Das ist für beide Theile, mag im übrigen die Verständigung im einzelnen mancherlei Mischung hervorrufen, von großer Wichtigkeit. Die Gefahr, daß der Weitlauf der beiderseitigen Colonialgesellschaften im Innern von Afrika doch einmal zu ernsten Conflicten führen kann, ist jetzt endgültig beseitigt. Die Colonialpolitiker hüben wie drüben sind jetzt der Versuchung entlogen, sich in phantastische Projekte zu verwirken, lediglich in der Verführung, daß der andere Theil ihnen an irgend einem Punkte zuwinken könnte. Die Gebiete, in denen sich die deutsche und die englische Colonialpolitik zu entwickeln ha, sind sehr ungewiß. Dass unsere Colonialphantasien mit der jetzt vereinbarten Begrenzung nicht zufrieden sind, kann nicht überraschen. Seit 1885, wo die erste Uebereinkunft über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphäre im Küstengebiet zu Stande kam, hat man deutschseits an der Auffassung festgehalten, daß die Grenzen im Norden wie im Süden nach dem Innern bis zu der Grenze des Congostates zu verlängern seien. Die wenigstens teilweise Anerkennung dieser Auffassung hat Deutschland jetzt durch eine Reihe mehr oder weniger erheblicher Jugeständnisse an die englischen Interessen erkaufen müssen. Deutschland hat das Vitugebiet und das erst kürzlich unter deutschem Schutz gestellte Gebiet an der Somaliküste von Kisimau bis zum Tuba unter die Schutzherrschaft Englands gestellt; ebenso die Insel Janjibar selbst, unter der Voraussetzung, daß England den Sultan von Janjibar bestimmt, das Küstengebiet, in welchem der Sultan die Zollerhebung an die deutsche ostafrikanische Gesellschaft verpaßt hat, an Deutschland gegen seine billige Entschädigung für die entgehenden Zolleinnahmen abtreten.

Damit wird dann auch die Anomalie beseitigt, daß Deutschland auf dem Gebiet des Sultans von Janjibar unter dem Vorwande der Bekämpfung des Sklavenhandels Krieg führt und besetzte Stationen errichtet, lediglich um der ostafrikanischen Gesellschaft die Zollerhebung zu ermöglichen. Von dem Augenblick an, wo der Sultan von Janjibar das Küstengebiet an Deutschland abtritt, wird der bisherige Zustand, der dem Reich alle Last auflegt, der Gesellschaft aber alle Einnahmen sichert, aufhören und eine gleiche Vertheilung von Rechten und Pflichten eintreten müssen.

Nächst der Abtretung Helgolands an Deutschland — die erste wirklich wertvolle Frucht der deutschen Colonialpolitik — ist diese über kurz oder lang bevorstehende Abtretung der Janjibarküste an Deutschland die wichtigste Errungenschaft. Bisher war war diese Küste ohne Janjibar handelspolitisch mehr oder weniger insofern belanglos, als das Handelszentrum eben Insel und Stadt Janjibar selbst bildeten. Janjibar war der Ausgangs- und Eingangspunkt für fast den gesamten Handelsverkehr der in Frage stehenden Gebiete Ostafrikas. Bleibe das althergebrachte Verhältnis bestehen, so wäre freilich der den Engländern zugesprochene Besitz Janjibars zehn Mal mehr wert, als der ganze lange uns überlassene Küstenstreifen. Aber die Präponderanz Janjibars ist ohnehin schon in der letzten Zeit hier und da erheblich durchlöchert worden, und nun kommt es darauf an, die Küste noch mehr und völlig von der Insel zu befreien und den Handel von dem bisherigen Wege über Janjibar abzuwenden. Die Mittel hierzu wird hoffentlich die neu eingerichtete ostafrikanische Dampferlinie bieten, die andererseits freilich auch zum großen Theil in nunmehr ausschließlich englisches Interessengebiet fallen wird.

Das ganze Uebereinkommen gereicht, wie schon gesagt, den Colonialphantasten zu großer Enttäuschung. Mit den abenteuerlichen Plänen von der Occupirung des gesammten Victoria-Nyanza-Gebietes, der Einverleibung von Uganda und Unio bis nach Wadelai hinein, von denen manche geräumt haben, ist es nun ein für allemal zu Ende. Andererseits haben sich nunmehr auch die

Befürchtungen als ungerechtfertigt erwiesen, die in letzter Zeit in den Kreisen der Gegner der ostafrikanischen Colonialpolitik laut geworden waren.

In Emin's Expedition wollte man den Beweis für die Inaugurierung einer ganz neuen weit-ausschauenden Eroberungsära nach dem Herzen der mit keiner realen Wirklichkeit rechnenden Colonialschwärmer erblicken. Befürchtungen, denen wir stets entgegengesetzt sind, und wiederum mit Recht, wie die jetzige Beschränkung der deutsch-ostafrikanischen Interessensphäre zeigt, über deren Grenzen selbstredend weder Emin noch gar Dr. Peters jemals hinausgreifen darf.

Von den Urtheilen der auswärtigen Presse über die deutsch-englischen Abmachungen sind die in den englischen Morgenblättern, welche durchweg günstig laufen, bereits heute Morgen mitgetheilt. Von den Wiener Blättern schreibt das „Fremdenblatt“: Alle Differenzen mit England, welche sich aus der deutschen Colonialpolitik ergaben und stets eine Trübung der sonst so innigen Beziehungen zwischen beiden Reichen befürchten ließen, erscheinen damit endgültig beseitigt und die engste Annäherung Englands an Deutschland besiegt. Beide Parteien haben Opfer gebracht, dafür aber auch erhebliche Vortheile errungen und ihre Interessensphären in Afrika nunmehr klar begrenzt. Die Position Englands in Afrika wird durch sein Protectorat über Janjibar gekräftigt, dagegen wird die Erwerbung Helgolands im ganz Deutschland mit besonderem Jubel begrüßt werden. Die „Presse“ bemerkt: Die Vereinbarung ist für beide Theile befriedigend. Die Engländer machen dabei kein schlechtes Geschäft, die Deutschen ein sehr gutes. Durch ihren Ausgleich wurden die Gegner des Friedens und der Freundschaft der Friedensmächte wieder um eine Hoffnung ärmer. — Die „A. Fr. Pr.“ meint: Die Erwerbung Helgolands, mit welcher ein langegegarter nationales Wunsch Deutschlands erfüllt ist, wiegen in den Augen des Volkes einige Gebietsopfer in Afrika auf. Die Abtretung Helgolands an Deutschland verbürgt auf lange Zeit hinaus den Frieden mit England.

Die Verhandlungen des Reichstages über die Gehaltsvorlage

haben lediglich vor der Dessenlichkeit festgestellt, worüber man in Regierungskreisen schon längst zweifellos war, nämlich daß die große Mehrheit des Hauses die Gehaltsverbesserungen auf die Unterbeamten und einzelne Alassen der mittleren Beamten beschränken will. Nur über die hier zu ziehende Grenzlinie wird sich in der Budget-Commission eine ernsthafte Discussion entwickeln.

Dass die Offiziersgehälter dieses Mal unberücksichtigt bleiben, darüber war auch der Kriegsminister nicht im Klaren, der bei der Vertheidigung der Vorlage einen Fortschritt schon darin erblickte, daß er in der Lage sei, für diese Forderungen im Reichstage einzutreten. Der Schatzsekretär v. Matzahn und Minister v. Bötticher versuchten, freilich ohne Erfolg, die Ausdehnung der Vorlage über den Kreis der Beamten hinaus, für welche der Reichstag in seiner Resolution vom 24. Januar d. J. Gehalts erhöhungen verlangt hatte, zu rechtfertigen. Der Nachweis, daß die erforderlichen Mittel zur Durchführung der Vorlage auch ohne neue Steuern vorhanden seien — den Frhr. v. Matzahn unternahm — mußte um so mehr überraschen, als er dabei auf vorausichtliche Überschüsse über den Staat hinaus rechnete. Bisher haben der Schatzsekretär und der preußische Finanzminister der gleichen Berechnungen als optimistisch zurückgewiesen.

An der Berliner Börse circulierten gestern, wie unser Berliner Correspondent schreibt, wieder einmal Gerüchte, welche Herrn Miquel bald zum Nachfolger des Herrn v. Scholz, bald zu demjenigen des Herrn v. Matzahn machen wollten. Offenbar hängen diese Gerüchte nur mit den Courstreibereien und den angeblichen Verhandlungen über die Emission neuer Consols zusammen.

Zur Nachwahl in Oberbarnim.

Die freisinnige Partei hat den Wahlkreis Oberbarnim, den sie 1887 an die Reichspartei verloren hatte, in der Nachwahl wieder gewonnen. Bei der Wahl am 20. Februar d. J. siegte der Landrat v. Bethmann-Hollweg mit einer Stimme Mehrheit. Nachdem die Wahlprüfungscommission die Wahl für ungültig erklärt hatte, beeilte sich der Herr Landrat, sein Mandat niederrulegen, und ordnete die Neuwahl mit möglichster Beschränkung an, um den Freisinnigen die Concurrenz möglichst zu erschweren. Es hat aber nichts genützt. Bei der Nachwahl erhielt v. Bethmann-Hollweg 6526, der freisinnige Althaus 5972, der socialdemokratische Kandidat 835 Stimmen. Bei der Stichwahl wurde Althaus, wie schon gemeldet, mit 7448 Stimmen gewählt; der Herr Landrat erhielt nur 6236 Stimmen. Der Stimmengewinn der Freisinnigen beträgt also fast 1500, so daß sie ausschließlich der eigenen Kraft den Sieg verdanken, selbst wenn alle socialdemokratischen Stimmen des ersten Wahlganges sich mit ihnen vereinigt hätten. Die „Nat.-A. J.“ schreibt den freisinnigen Sieg dem Agitationstoff zu, den die militärischen Zukunftspläne und die Anregung der Erhöhung der Offiziersgehälter dargeboten hätten. Jedenfalls haben die Wähler sich überzeugt, daß ihre politischen Interessen besser durch einen Freisinnigen, als durch einen Freund der „Nat.-A. J.“ vertreten werden.

Die Socialdemokraten und das Militärgesetz.

Die socialdemokratischen Mitglieder haben in der letzten Sitzung der Militärccommission be-

kanntlich für die Windthorst'schen Resolutionen gestimmt, sich aber, wie das „Berl. Volksblatt“ hervorhebt, für das Plenum freie Hand vorbehalten. So schwächlich die Windthorst'schen Resolutionen seien, so sei die Opposition doch geneigt gewesen, für dieselben zu stimmen, weil darin wenigstens ein, wenn auch noch so verwaschener Protest gegen den Militarismus und den vom Kriegsminister enthielten Zukunftspläne liege. Gleichwohl fügt das Blatt hinzu: „Ob die Socialdemokraten im Plenum, wo von der Tribune des Reichstages herab ein Appell an das Volk möglich ist, für die Resolutionen stimmen, darüber hat sich die Fraction noch schlüssig zu machen.“

Schuhzöllnerische Bestrebungen in Spanien.

Der Congreß der conservativen Deputirten wird, wie man aus Madrid meldet, ein Amending zum Budget einbringen, welches der Regierung vorschlägt, eine Revision des Zolltariffs einzutragen zu lassen, um den Schutz der nationalen Industrie zu sichern, die Einnahmen aus den Zöllen zu vermehren und die Beziehungen zu den fremden Mächten zu erleichtern.

Eine bulgarische Note an die Pforte.

Der „Agence balcanique“ zufolge hat die bulgarische Regierung an die Pforte eine Note gerichtet, in welcher sie die innere und äußere Lage Bulgariens, sowie die Behandlung der bulgarischen Bewohner Macedoniens bezüglich der Cultusausübung vorlegt, welche in grossem Gegensatz zu der Behandlung macedonischer Bewohner Bulgariens steht; nach einer eingehenden Erörterung der aus der reservirten Haltung der Pforte, welche das Fürstenthum bei seinen fortwährenden Schwierigkeiten vollkommen im Stich lasse, für den Bestand Bulgariens sich ergebenden Nachtheile appellirt die Note an die sacerdote Macht, sie möge der gegenwärtigen Lage des Landes durch Anerkennung des Prinzen Ferdinand und durch das Jugeständnis der Cultusfreiheit für die bulgarischen Bewohner Macedoniens, so wie sie die übrigen Völkerschaften im türkischen Reiche genossen, ein Ende machen. Würde die türkische Regierung billigen Wünschen des bulgarischen Volkes nicht gerecht, so müsse das Fürstenthum darin den Beweis dafür erbringen, daß es von der sacerdote Macht verlassen sei, und sich genötigt finden, in den eigenen Kräften ein Mittel zu suchen, um aus einer dem Lande in jeder Hinsicht nachtheiligen Situation herauszukommen.

Die serbisch-österreichische Spannung

steigert sich. Nach einer Meldung der „A. A. J.“ aus Belgrad vom 18. d. hat die serbische Zoll-direction das bisherige Aufsichtsrecht der österreichischen Finanzbeamten bei der Verzollung österreichischer Waaren cassis, weshalb am gestrigen Tage den aus Pest eingetroffenen Schiffen so lange die Ladung am serbischen Ufer versagt wurde, bis sämmtliche Finanzwächter sich entfernt hatten.

Vom 20. Juni bis Ende September finden in der Nähe der serbischen Grenze grosse Übungen österreichisch-ungarischer Truppen statt, was auffällt, weil bisher in jenem ungünstigen Gelände niemals Übungen veranstaltet worden sind.

Belgrad, 19. Juni. (Privattelegramm.) Der Ministerrath hat festgestellt, daß Serbien feuerfrei und das österreichische Schweineeinfuhrverbot unberechtigt sei. Die Regierung plant Repressalien.

Der König von Griechenland

tritt heute eine längere Reise ins Ausland an. Er begibt sich zunächst zu einer Badekur nach Aix-les-Bains, später geht er von dort nach Dänemark zum Besuch seiner Familie. Der Kronprinz, Herzog von Sparta, übernimmt für die Dauer der Abwesenheit des Königs die Regenschaft.

Reichstag.

20. Sitzung vom 18. Juni.

Erste Verhandlung des zweiten Nachtragsetsatzes, der zur Erhöhung der Beamten- und Offiziersgehälter 19,924,082 Mark fordert, welche durch eine entsprechende Erhöhung der Matrikelbeiträge gedeckt werden sollen.

Nachdem der Staatssekretär v. Matzahn die Vorlage in einer längeren Rede befürwortet (worüber bereits telegraphisch berichtet ist), erklärt

Abg. v. Benda (n-l.): Wir halten es nicht für richtig, nachdem wir im preußischen Landtag mit den Besoldungserhöhungen in einer bestimmten Begrenzung vorgegangen sind, hier in einem höheren Rahmen Besoldungserhöhungen vorzunehmen. Sie würden einen Sturm des Unwillens hervorrufen in allen Einzelländern, namentlich in Preußen, wenn hier die Staatsgelder für höhere Beamte ausgegeben werden. Mit dem Strich, den wir hier machen, wollen wir zwar nicht einen Strich durch die Besoldungserhöhungen der Offiziere überhaupt machen, sondern wie wir es in Preußen für die Landräte und ähnliche Beamte vorhaben, wollen wir auch im Reich in derselben Weise vorgehen, wenn die Mittel vorhanden sind. Es ist höchst bedauerlich, daß eine so schwerwiegende Vorlage uns in den hoffentlich, letzten Tagen unseres Daseins zugute. Doch hoffe ich, daß die Budget-Commission die Vorlage in 14 Tagen bewältigen wird.

Abg. Singer (Soc.): Wenn der hr. Schatzsekretär selbst die schweren Opfer dieser Gehalts erhöhung zu geben mußte, so hätte er dabei doch die Ausgaben für die neue Militärvorlage mit berücksichtigen müssen. Die ungeheuren Lasten des Militarismus müssen schließlich zum finanziellen Zusammenbruch des Volkes führen. Die gegenwärtige Vorlage entspringt einer Anregung des Reichstages. Leider hat die Regierung sie bepaßt mit Reichstags auch für Offiziere. Mit noch größerem Rechte hätte man doch an Richter, an Lehrer und noch andere denken müssen. Jedensfalls würde die Vorlage hier viel glatter durchgegangen sein, wenn die Forderungen für Offiziere unterblieben wären. Wenn der Vorredner in Aussicht genommen hat, die Gehälter der Offiziere zwar nicht genommen, aber hoffentlich bald zu erhöhen, so kann ich dem nicht beipflichten. Bevor man schon im

nächsten Jahre die Offiziere bedenkt, muß man erst alle die anderen Beamtenkategorien berücksichtigen. Die Offiziere besitzen schon in einem Alter Gehalt, wo andere Beamte noch lange darauf warten müssen, so die Juristen und Lehrer. Ebenso erinnere ich an die pensionirten mittleren und unteren Beamten, für die eine Pensionserhöhung dringend nötig erscheint. Daselbe gilt von den Pensionen der Witwen und Waisen dieser Beamten und von den Invaliden-Pensionen. Die Erhöhung der Offiziersgehälter würde übri des Familien zu Gute kommen, die ohnehin schon durch unsere Zollpolitik bevorzugt sind: den Familien der Großgrundbesitzer. Meine Partei wird die Gehaltsaufbesserungen nur billigen für untere und mittlere Beamte, besonders der Postverwaltung. In Anbetracht der Theuerungsverhältnisse halte ich die für die Postunterbeamten vorgeschlagenen Gehaltsverbesserungen für unzulänglich. Ein Mehr von 20 bis 25 Pf. pro Tag ist ganz ungenügend. Erinnern muß ich dabei daran, daß vor garnicht langer Zeit Herr Staatssekretär v. Stephan eine Mehrausgabe von 6 Mill. mit der Finanzlage unverträglich bezeichnet hat, während man jetzt mit 19 Mill. kommt. Wir werden uns von dem Gesichtspunkte leiten lassen, nur das zu thun, was nothwendig ist. Die Gehälter der Offiziere, Aerzte, oberen Beamten und einer Reihe von Beamten der fünften Tarifklasse zu erhöhen, lehnen wir ab, weil wir es nicht verantworten können, auch aus den Taschen der Steuerzahler die Mittel dazu zu nehmen, weil diese Steuern von Bevölkerungsklassen aufgebracht werden, die zum Theil in wirtschaftlich schlechteren Verhältnissen leben, als diejenigen, denen wir helfen wollen. Wenn wir dazu kommen, auf dem Wege einer directen progressiven Einkommensteuer die Bedürfnisse des Reichs zu decken, werden wir eher in der Lage sein, auch nach oben hin Aufbesserungen einzufordern.

Abg. Graf Behr (Reichsp.) bedauert, daß die Regierung so kurz vor dem Schluss die Sessoin über die vom Reichstag gestellten Forderungen bez. der Beamtenbeförderung hinausgegangen ist. Die Begründung des Staatssekretärs scheint mir nicht genügend. Ebenso kann ich nicht billigen, daß die Reichsverwaltung mit Preußen nicht hand in Hand gegangen. Wohin sollen wir kommen, wenn nun auch Preußen wieder mit neuen Forderungen vorgeht? Unsere Finanzlage zwinge uns, auf das Nothwendigste uns zu beschränken. Haben wir die entsprechenden Gelder, dann können wir weitere Aufbesserungen vornehmen.

Abg. Richter: Was wir s. J. hier beabsichtigten, deckt sich nicht entfernt mit dem, was heute von uns verlangt wird. Die Verbesserung der Gehälter der unteren Beamten sollte 6 Millionen betragen, also noch nicht $\frac{1}{3}$ des hier geforderten Betrages. Von einer Verbesserung der Offiziersgehälter ist damals nicht die Rede gewesen, auch nicht von Seiten der Regierungsvertreter. Herr v. Matzahn hat heute bis auf das Jahr 1886 zurückgehen müssen, um seine Behauptung zu beweisen. Herr v. Scholz sagte aber damals, daß die Offiziere bei einer allgemeinen Besoldungserhöhung berücksichtigt werden müßten; das liegt uns aber fern. Nicht aber, weil wir diejenigen, welche einen militärischen Rock tragen, ungünstiger behandeln wollten, als die übrigen Diener des Reichs, sondern weil die Verhältnisse der Offiziere durchaus verschieden sind von denjenigen der Reichsbeamten, wollen wir die Offiziere in die Verbesserung nicht hineinziehen. Die Offiziere gelangen in einem viel früheren Alter in eine etatmäßige Stellung als die Beamten. Der Secondlieutenant erhält mit 18 bis 20 Jahren ein pensionsfähiges Einkommen von über 2000 Mk., während der höhere Beamte froh sein muß, wenn er im 30. Jahre eine etatmäßige Stellung erlangt. Die Kosten der Vorbildung der Offiziere sind viel geringer, als diejenigen der höheren Beamten. Die Offiziere werden in der Regel in den Cadettenanstalten vorgebildet. Die höheren Beamten müssen das Gymnasium durchmachen und akademische Studien absolvieren. Die Offiziere, welche analoge Studien machen, werden während dieser Zeit aus Staatsmitteln unterhalten. Die angehenden Beamten müssen dann noch Jahre lang warten, bis ein Amt vacant ist. Beim Offiziercorps übersteigt die Zahl der Stellen diejenige der Aspiranten. Die Beamten müssen Dienste leisten, bis sie überhaupt erwerbsfähig sind, zum Theil bis zum 70. Jahre. Ein Offizier wird schon pensionsberechtigt, wenn er selbstständig ist. In Folge dessen wird ein großer Theil der Offiziere schon nach dem 40. Lebensjahr pensioniert, ohne deshalb erwerbsfähig zu sein. Bei den älteren Beamten dagegen ist ein Privaterwerb nahezu ausgeschlossen. Jede Erhöhung der Besoldung der Offiziere muß in einem viel stärkeren Verhältnis auf die Steigerung des Pensionsets hinkommen als bei den Beamten. Wenn man überhaupt an eine Gehaltsaufbesserung der Offiziere herantrete, so muß man zunächst die Vorfrage beantworten, ob es denn noch möglich ist, den Grundsatz aufrecht zu erhalten, daß derjenige, der im Avancement von einem Jüngeren übersteigt, gewinnt, fürgen muß, selbstständiglich zu sein, und ob es nicht möglich ist, die subalternen Stellen nicht mit jungen Leuten höherer Bildung, sondern mit Feldwebelleutnants zu besetzen, so daß ein Aufrücken in die Stelle vom Premierleutnant in höherem Grade möglich ist als bisher. Die communis opinio scheint ja im Hause dahin zu gehen, daß von der Aufbesserung der Offiziersgehälter abzusehen ist; deshalb enthalte ich mich des weiteren dagegen. Herr v

müssen, während man nur etwa den zehnten Theil aufgewendet hat, nämlich 1300 000 Mk. Für die Aufbesserung der Gehälter der Unterbeamten werden wir eintreten, und bedauern nur, daß nicht eine Reform der Gehaltsverhältnisse dahin stattgefunden hat, daß Dienstalterszulagen gewährt werden; ferner bedauere ich, daß die Diätarien so schlecht wegkommen. Im Rahmen der vorhandenen Deckungsmittel und in der Beschränkung auf den preußischen Plan werden wir bemühen, was gefordert ist, wir müssen es aber im Interesse der Steuerzahler ablehnen, darüber hinaus Engagements einzugehen. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Sahn (cons.): Wir werden ebenso wie Herr Singer nur das Notwendige bewilligen, aber zugleich auch nicht engherzig sein. Auch die mittleren Beamten der Tarifklasse V bedürfen der Aufbesserung und wir werden uns dem nicht entziehen können. Bedenken aber haben wir gegen die Aufbesserung der Tarifklasse III, die höhere Beamte enthält aus Rücksicht auf die Finanzlage. Für die Frage der Aufbesserung der Offiziersgehälter können meine Freunde keinen Grund einleiten, warum wir diejenigen Offiziere, welche den Beamten, die aufgebessert werden sollen, entsprechen ausschließen sollen. Wir würden also kein Bedenken tragen, die Premierleutnants und Hauptleute II. Klasse zur Erhöhung zu empfehlen. Diejenigen Offizierskategorien aber, welche über die Tarifklasse IV hinausgehen, können wir nicht in die Erhöhung einbezogen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Bötticher: Mr. Richter hat einen gewissen Widerspruch zwischen der Vorlage und meinen früheren Ausführungen zu konstruieren gesucht. Ich sprach die Meinung aus, daß das Reich hinter Preußen nicht zurückbleiben dürfe, ich habe also gesagt, man müsse sich Klarheit über die Deckungsmittel verschaffen. Diese Klarheit hat man sich zu verschaffen gesucht. Es ist aber klar, daß man sich im Reiche nicht an die Mittel hält, welche man als die eigenen Einnahmen derselben bezeichnen kann. Die Frage wird nur die sein können, sind die Reichsfinanzen in Verbindung mit den Finanzen der Einzelstaaten ausreichend, um das jetzt vorliegende Bedürfnis zu befriedigen? Die Finanzminister der Einzelstaaten haben kein Bedenken geäußert, sich für die Vorlage zu erklären. Meine damaligen Erklärungen können garnicht die Bedeutung gehabt haben, daß man auf Heller und Pfennig pari passu mit Preußen gehen müsse. Die Frage, ob im Reiche weiter zu gehen ist, unterliegt einer vollständig selbständigen Prüfung durch die Reichsorgane, und wir sind in dieser Beziehung durch das einzelflächige Vorgehen durchaus nicht behindert. Für die Besoldungsverhältnisse der Offiziere kann ein preußisches Vorgehen nicht maßgebend sein. Diese Prüfung hat allein im Reiche vor sich zu gehen. Wenn die Offiziere berücksichtigt werden, dann können die entsprechenden Kategorien der Reichsbeamten nicht unberücksichtigt bleiben. Dieser Vorgang im Reiche wird unweigerlich auch in Preußen und in den Einzelstaaten Nachfolge finden. Sind denn hier Kategorien von Offizieren getroffen, bei denen man sagen kann, daß die Gehaltsaufbesserung eine überflüssige ist? Es sind gerade die Klassen, welche nicht ihrer Stellung und ihren Lebensverhältnissen entsprechend besetzt sind.

Kriegsminister v. Verdy: Die Stellung der verbündeten Regierungen zu der Anregung des Abg. Richter bezüglich der geringeren Einstellung von Offizieren mit höherer Vorbildung und bezüglich der zu frühen Pensionierung ist bekannt, und ich glaube nicht, daß es jetzt geboten ist, darauf einzugehen. Die Aufbesserung der Offiziersgehälter wird seit langem von der militärischen Verwaltung aufs eifrigste gefordert. Wir sind von der Notwendigkeit der Aufbesserungen durch und durch besetzt und betrachten es bereits als einen Fortschritt, daß wir in der Lage sind, Ihnen öffentlich diese Notwendigkeit nachzuweisen. Allerdings ist hier nicht der Ort dazu. Ich behalte mir das für die Commissionen vor. Bezüglich der als Vorgang betrachteten Erziehung im Cabetencorps weise ich darauf hin, daß es ein berechtigter Ausgleich ist für die häufige Verfehlung der Offiziere, welche sonst genötigt wären, die Schule für ihre Kinder 5 oder 6 mal zu wechseln. Bezüglich der Pensionierungen liegt es in der Natur des Standes, daß die Offiziere früher in die Lage kommen, pensioniert zu werden, als Civilbeamte. Dazu kommt, daß Offiziere, wenn sie pensioniert sind, weder im Reichs noch im Staatsdienst eine Verbesserung erwerben können, weil ihre Pension dem Einkommen jure gerechnet wird. Das ist eine Ungerechtigkeit, auf deren Beseitigung ich hoffe. Die Secondlieutenants haben wir herausgelassen, wohl aber müssen die Premierleutnants berücksichtigt werden. Wo nehmen wir unseren Offiziersersatz her? Am liebsten aus den Söhnen unserer alten Offiziersfamilien, die Generationen hindurch ihr Leben dem Dienst gewidmet haben. Im Offiziersstand erörtert man kein Vermögen. Diese Familien lassen heute ihre Söhne nicht mehr Offiziere werden, weil die Mittel fehlen. Wir sehen ja, in welcher Lage sie sind. Es ist schon genug, wenn die Familien den Secondlieutenants Zusätzlich geben; aber ein Premierleutnant in der Mitte des Dreißigers will doch einmal von seiner Familie loskommen und selbständig werden. Die Hauptleute und Rittmeister zweiter Klasse haben einen Dienst, der ganz dieselben Kräfte erfordert, wie derjenige der Hauptleute und Rittmeister I. Klasse, und beide müssen deshalb einigermaßen gleichgestellt werden. Woher sollen denn die Offiziere schließlich sich eine Familie gründen? Hauptleute erster Klasse in der Mitte der vierzig Jahre können es von ihrem Gehalt wahrscheinlich nicht. Sollen wir auf Preußen warten? Der Premierleutnant würde der vierten Tarifklasse entsprechen. Eine solche existiert in Preußen überhaupt nicht. Auf den Satz, daß diejenigen, welche ihr Leben dem Vaterland widmen, ihr ganzes Leben hindurch ausreichend befördert werden müssen, will ich nicht treten. Denn unser Dienst ist und bleibt ein Ehrendienst. Das aber muß verlangt werden, daß sie innerhalb des Dienstes vor Entbehrungen geschützt werden. Die Frage ist eine Frage der Notwendigkeit und eine Geldfrage. Die Notwendigkeit wollen wir Ihnen in der Commission auf das deutlichste darlegen, den Geldpunkt zu beurtheilen, ist Ihre Sache. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Windhorst: Da ich gewillt bin, alles, was notwendig für die Befreiung des Vaterlandes ist, zu bewilligen, so muß ich um so sparamer sein auf allen anderen Gebieten. Denn die Steuerzahler können die Last nicht mehr tragen. Für die Erhöhung der Offiziersgehälter haben wir kein Gerät übrig, denn wir müssen sie die Verstärkung der Artillerie durchführen. Sehen Sie doch, welche Aufregung im Lande die neue Militärvorlage hervorgerufen hat? Wenn wir Geld hätten, würde ich auch für die pensionierten Militärs sorgen, aber die Mittel fehlen dazu. Engherzig dürfen wir nicht versfahren, damit bin ich auch einverstanden, aber wir müssen auch mit aller Vorlist versuchen. In dem Umfang, wie die Vorlage gemacht ist, wird sie nicht genehmigt werden können, wir müssen uns zurückziehen auf das, was der Reichstag selbst verlangt hat. Auf die Stellenzulagen können wir nur eingehen, wenn klar gesagt wird, wozu sie verwendet werden sollen, damit sie nicht gebraucht werden zu Belohnungen zweiflüchtiger Natur.

Abg. Richter: Weshalb werden wir jetzt gezwungen, in dieser Sommeression unter dem Druck der Verhältnisse eine Vorbereitungsvorlage für die 500 Millionen neuer Steuern zu haben, die in der Herbstsession verlangt werden sollen? Man sieht in dieser Vorlage die Erhöhung der Offiziersgehälter hinein, während niemand daran gedacht hatte. Die ganze Finanzpolitik hat eine neue Wendung genommen. Früher hieß es: Bewilligt Steuern auf Vorwahl! Jetzt heißt es: Bewilligt erst die Ausgaben, hinterher werden die Steuern kommen. Ich halte es nicht im Interesse der Regierung, daß sie jetzt mit solchen Vorlagen kommt, ohne daß jemand eine Ahnung davon hätte, und dabei eine solche Niederlage erleidet, denn 5/6 des Hauses wird einen wesentlichen Theil dieser Vorlage ablehnen. Der preußische Finanzminister hat allerdings 1886 bei der Beratung der ersten nicht angenommene

Branntweinsteuer davon gesprochen, er bezifferte damals die Forderung auf 30 Millionen, aber es wurde dagegen protestiert und die Steuer kam nicht zu Stande. Wir freuen uns über die Wärme, mit der die Kriegsverwaltung für die Forderung eintritt. Ich schaue unsrer Offizierscorps viel zu hoch, als daß ich glaube, die Güte unsrer Armee könnte von der Gehalts erhöhung abhängen. Was die Stellenzulagen anlangt, so bin ich der Meinung, die für diesen Zweck ausgeworfene Summe zu streichen, wenn sie lediglich als Dispositionskonto bewilligt wird. In der Form des Pauschalquantums bedeutet sie nur eine Vollmacht für die Regierung, die Gelder beliebig zu verwenden. Damit ist den Beamten nichts geholfen. Hierdurch vergrößern wir nur den ohnehin schon sehr großen Dispositionsfonds hauptsächlich für die Postverwaltung. Man muß uns jetzt schon sagen, welche Beamten und aus welchen Gründen Stellenzulagen erhalten sollen, dann läßt sich erst erkennen, ob hier ein gerechtfertigter Grund vorliegt oder nicht. Es wäre ein gefährliches Prädilekt, in Gehaltsfragen der Regierung eine solche Vollmacht zu ertheilen. Nachher ändert man daran sehr schwer. Ich kann nur wiederholen, alles nicht unbedingt Notwendige bis zum Herbst zu vertagen. Es handelt sich ja nur um Wochen. Wir müssen doch erst die Steuerpläne der Regierung kennen lernen. Die Gehalts erhöhung für die Unterbeamten und für einzelne Kategorien anderer Beamter können jetzt noch schnell erledigt und angenommen werden. Die Schwierigkeit in der Finanzpolitik ist mir immer noch rätselhaft. Früher hat man sich Steuern auf Vorwahl bewilligen lassen und dann jeder eine andere Meinung über die Art der Verwendung gehabt. Die Branntweinsteuer sollte lange vorhalten, in erster Reihe für das Invaliden gesetz, jetzt ist sie bereits anderweitig vollständig ausgegeben. Die Nationalliberalen haben verkündet, daß die Branntweinsteuer für die Bedürfnisse des Reiches und der Einzelstaaten genügen würde. Jetzt verlangt man schon neue Steuern im Herbst, während man uns über die Natur derselben nicht unterrichtet. Wir verlangen Ausgaben und Deckung Zug um Zug. Uns muss vor allen Dingen unbedingt Klarheit über die Art der Deckung verschafft werden. Von uns vorgetragene Reichensteinkommentsteuer für die Vermögenden begegnet nach den Ausführungen des Schatzsekretärs zu großen Schwierigkeiten. Will man denn etwa wieder die ältere Belastung durch neue indirekte Steuern belasten? Wer jetzt alles Gesetzte bewilligt, könnte in der Herbst session eine sehr bittere Enttäuschung erleben. Die bisherige Finanzpolitik, welche die Verquälung der Reichsfinanzen mit denen der Einzelstaaten herbeiführt, ist irrational. Dabei kann von einer späten Wirtschaft keine Rede sein. Die Erklärungen des hrn. Ministers v. Bötticher stehen im Widerspruch mit den heutigen hrn. Schatzsekretärs. Der erste wollte nur insoweit Bewilligungen, als jetzt schon Deckung vorhanden ist; der hr. Schatzsekretär verlangt aber für die jetzt zu machenden Bewilligungen neue Steuern, die im Herbst zu verbilligen. Das ist ein wesentlich verschiedener Standpunkt. Man hat im Abgeordneten hause lebhafte Klagen über die Lage der Landwirtschaft geführt, nach denen man annehmen müßte, sie sei dem Untergange geweiht. Wenn es sich aber um neue Steuern handelt, dann thut man immer so, als sei Wohlstand im Lande. Durch Vermehrung der Steuern kann man doch der Landwirtschaft nicht helfen! Eine tüchtige Finanzreserve gehört auch zu der Wehrhaftigkeit des Reiches und in den Tagen der Not müssen wir Geld haben, sonst können wir schwere Kriege, wie sie in heutiger Zeit über das Schicksal der Völker entscheidend sind, nicht führen. Ich lehne ab, was mich engagiert, um Herbst neue Steuern zu bewilligen, von deren Art und Natur wir noch keine Ahnung haben. Wer für alle jetzigen Forderungen der Regierung stimmt, übernimmt ein Engagement für Steuern, die er noch nicht kennt, und trägt eine schwere Verantwortung für die Zukunft. (Lebhafte Bravo! links.)

Staatssekretär v. Maltzahn: Als die verbündeten Regierungen die Einnahmen zu schaffen suchten, sagte der Reichstag: Nein, erst müssen wir die Ausgaben kennen. Jetzt wollen wir uns erst über die Ausgaben verständigen, und auch hier sagt der Reichstag: Nein. Wir bringen die gewünschte Vorlage über die Besoldungsverbesserungen ein, und hr. Richter sagt, weshalb die Sommeression einberufen ist. Für die Regierungen ist es doch auch nicht angenehm, in dieser Zeit zu arbeiten. Es ist doch auch wahrlich kein Vergnügen, neue Steuern einzuführen. Es ist nicht richtig, daß die Vorlage nur gemacht ist um der Offiziersgehälter willen. Die Summe für die Offiziersgehälter nimmt nur einen kleinen Theil der Forderung ein. Die Stellenzulagen bitte ich nicht zu streichen. Nach dem Vorgang von Preußen müßten wir sie vorschlagen, sonst wären Unreinheiten entstanden. Werden die Stellenzulagen gestrichen, so würde eine völlige Umarbeitung der Vorlage nötig sein.

Abg. Miguel (nat. lib.): Wäre es wirklich wahr, daß 60 Mill. Mehrausgaben sich ergeben werden, so wäre es noch nicht nötig, durch eine Reichssteuer die Deckung zu suchen. Es kann auch durch direkte Steuern in den Einzelstaaten geschehen. Wir engagieren uns also nicht, wenn wir jetzt die Vorlage bewilligen. Das Schicksal dieser Vorlage scheint mir besiegt. Der Reichstag wird nicht weiter gehen, als Preußen es gethan hat. Das innere Bedürfnis zum Weitergehen aber, auch für die Besoldung der Offiziere, ist von keiner Seite bestritten worden. Nur die Rücksicht auf die parlamentarische und die allgemeine Lage hält ob weitere Erhöhungen vorzunehmen. Für die Zukunft also ist diese Entscheidung nicht definitiv. Nachdem Preußen bestimmte Klassen aufgebessert hat, welche den Offizieren nicht entsprechen, folgt daraus, daß auch im Reich für diesmal die Offiziere ausfallen müssen. Geboten scheint mir die Einstellung des Dispositionsfonds für Stellenzulagen zur Ausgleichung von Ungleichheiten. Nur müssen Grundsätze über die Vertheilung vereinbart werden. Die Budgetcommission muß ihre Kraft darauf verwenden, solche Grundsätze zu finden. Die Resolution des Abgeordnetenhaus auf eine anderweitige Normierung des Einkommens muß ich entschieden unterstützen. Unter dem jetzigen System leidet bei der Unsicherheit des Einkommens bei Wechsel des Wohnorts u. s. w. die Sicherheit und das Interesse des Dienstes. Der Beamte wird zufrieden sein, wenn er die Sicherheit eines regelmäßigen stufenhaften Aufsteigens hat.

Abg. Kepniewski (P.): Ich erkläre, daß seine Partei sich dieser Vorlage gegenüber nicht ablehnend verhalten werde unter der Voraussetzung, daß die erforderlichen neuen Steuern auch wirklich in der Form von Beamtengehältern den Steuerzählern wieder zugeschlagen werden, damit sie nicht gebraucht werden zu Belohnungen zweiflüchtiger Natur.

Die Vorlage wird gemäß dem Antrage v. Benda an die Budgetcommission verwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Deutschland.

Berlin, 18. Juni. Der Kaiser gewährte gestern Nachmittag dem Maler v. Lenbach eine längere Sitzung. Am heutigen Morgen unternahm der Kaiser einen längeren Spazierritt in die Umgebung des Neuen Palais. Nach der Rückkehr arbeitete der Monarch längere Zeit mit dem Chef des Civil-Cabinets und gewährte darauf dem Porträtmaler Koner eine längere Sitzung.

Morgen früh gedenkt der Kaiser mit der Kaiserin sich mittelst Sonderzuges über Magdeburg und Halberstadt nach Wernigerode zu begeben, um den dortigen Denkmalsfeierlichkeiten

beizuwohnen. Der Kaiser wird sich dann morgen Abend über Bienenburg und Holzminden nach Essen begeben, wo die Ankunft am Freitag, den 20. d. Ms., Vormittags, erwartet wird. Am Sonnabend, den 21. d. Ms., Vormittags, wird der Kaiser wieder im Neuen Palais bei Potsdam eintreffen.

* In Gegenwart der Kaiserin Friedrich findet am Freitag, Vormittags 10½ Uhr, Kleinendorferstraße 32 die feierliche Grundsteinlegung zum Kaiser und Kaiserin Friedrich-Arankenhaus statt.

* Die Frau Prinzessin von Wales wird demnächst, dem „Rhein. Courier“ zufolge, längeren Kuraufenthalt in Bad Schwalbach nehmen.

* [Der Bundesrat] wird sich, wie die „B. P. N.“ hören, in seiner Sitzung am Donnerstag u. a. auch mit der Frage der Neubemessung der Jahresmengen von Branntwein zu beschäftigen haben, welche die einzelnen Brennereien während der nächsten Contingentierungsperiode zu dem niedrigen Satz der Verbrauchsabgabe herstellen dürfen. Es soll die Absicht dahin gehen, Bestimmung zu treffen, daß für das Betriebsjahr 1890/91 für die bestehenden Brennereien die seitherigen Contingentierungs Mengen provisorisch zu vier Fünfteln in Kraft bleiben und für die neu entstandenen landwirtschaftlichen Brennereien provisorisch entsprechende Contingentierungs Mengen ausgeworfen werden. Im Betriebsjahr 1891/92 sollen zugleich die Abweichungen zwischen den provisorischen und den endgültig festgestellten Contingentierungs Mengen dergestalt ausgeglichen werden, daß die im ersten Betriebsjahr zu dem niedrigeren Verbrauchsabgabeszug zu viel abgebrannten Branntweinmengen von dem Jahrescontingent zu Abzug gebracht, die zu wenig abgebrannten Mengen aber zu diesem Contingent zum Zweck des nachträglichen Abbrenns hinzugezogen bzw. durch Ertheilung von Berechtigungschein ausgeglichen werden.

* [Im Wahlkreis Prenzlau-Angermünde], wo nächstens für Wedel-Malchow eine Nachwahl stattfinden muß, haben am vorigen Sonntag die Vorstände der freisinnigen Partei aus fast allen Hauptorten des Kreises in Angermünde getagt und in erster Reihe für die bevorstehende Erstwahl als freisinnige Kandidaten den früheren Reichstagsabgeordneten und Gutsbesitzer Rohland in Choschain bei Zeitz (Provinz Sachsen) aufgestellt. hr. Rohland hat nunmehr die Candidatur angenommen. Otto Rohland, geboren 1828, war Mitglied des Norddeutschen Reichstages, sowie des deutschen Reichstages für Naumburg-Weinfelden-Zeitz, bis er 1887 den Cartellparteien unterlag. Auch bei den letzten Wahlen war Rohland Kandidat der freisinnigen Partei im genannten Wahlkreise. Statt seiner kam aber diesmal der sozialistische Kandidat dort in die Stichwahl und unterlag alsdann dem Cartellkandidaten.

Gwinemünde, 18. Juni. Bei der heute Vormittag hier abgehaltenen Seeschießübung der Landwehr-Artillerie crepirt beim Einfahren in das Geschützrohr eine Granate. Von der Bedienungsmannschaft, sämlich Landwehrleute, die morgen entlassen werden sollten, sind sechs Mann verunglückt. Vier sind schwer verwundet, von denen ein Unteroffizier bald nach der Verwundung starb, und zwei erhielten leichte Verletzungen. (N. St. 3.)

Braunschweig, 18. Juni. Zur Erinnerungsfeier an die Schlacht von Waterloo fand heute hier ein von dem Prinzregenten anbefohlene großer Feldgottesdienst statt, an welchem die gesamte Garnison, die Reserve- und Landwehr-Offiziere, die Kriegervereine, Behörden und Corporationen teilnahmen.

Hannover, 18. Juni. Die 75. Wiederkehr des Siegestages von Waterloo und Belle-Alliance wurde heute hier durch eine Feier am Fuße der Waterloo-Gäule festlich begangen. Die vereinigten Männerchöre sangen patriotische Lieder, der Militär-Oberpfarrer Rocholl hielt eine Gedächtnisrede. Trotz der ungünstigen Witterung wohnte der Feier eine sehr zahlreiche Menschenmenge bei. Die Stadt trägt reichen Flaggen schmuck. Abends findet ein Festcommers statt. (W. T.)

Dessau, 18. Juni. [Enthüllung des Mendelssohn-Denkmales.] Im Gegenvor der Mitglieder des herzoglichen Hauses, der Prinzessin Friedrich Karl von Preußen und anderer fürstlicher Personen, sowie zahlreicher auswärtiger Gäste, darunter Geheimrat Mendelssohn aus Berlin, fand heute Mittag die Enthüllung des Denkmals für Moses Mendelssohn statt. Professor Lassen hielt die Festrede. Nach dem Vortrag einiger Chöre von Felix Mendelssohn übertrug der Landesrabbiner Weisse im Namen des Festkomites das Denkmal der Stadt. Oberbürgermeister Funk dankte mit einem Rücksicht auf die Entstehung des Denkmals und schloß mit einem Hoch auf das herzogliche Haus. Das Denkmal besteht in einer Bronzestatue Mendelssohns, zu dessen Füßen die ideale Figur der Philosophie, auf Tafeln die Worte schreibt: „Duldsamkeit, Glaube, Unsterblichkeit.“

Für Sonnabend, 21. Juni:

Warm, stark wolig, vielfach heiter; schwül, Wind meist schwach.

Für Sonntag, 22. Juni:

Wolig, warm, vielfach heiter; schwül, strichweise.

Für Montag, 23. Juni:

Warm, vielfach heiter, wolig, meist heiter; strichweise.

Für Dienstag, 24. Juni:

Wolig, mäßig warm, teils heiter, teils be-

det mit Regen. Frischer kühler Wind.

* [Condemint.] Die Kreuzer-Fregatte „Prinz Adalbert“, auf welcher bekanntlich Prinz Heinrich seine erste Reise um die Welt machte, ist jetzt aus der Liste der Kriegsfahrzeuge gestrichen worden.

Sie war eine der ältesten für die deutsche Marine erbauten gedeckten Holz-Corvetten, die später die Bezeichnung Kreuzer-Fregatten erhalten haben.

Auf der Vulcanwerft zu Stettin erbaut, führte sie früher den Namen „Gedan“, wurde dann aber zum Andenken an den Begründer unserer Marine umgetauft.

* [Als Kandidat für den erzbischöflichen Stuhl] in Posen-Gnesen sollen nach der „B. P. N.“ auch die Domkapitulare Dr. Sippler und Dr. Kolberg in Frauenburg in Aussicht genommen sein.

Letzterer ist seit kurzer Zeit Generalvikar der Diözese Ermland und hat früher längere Zeit die ermländischen Kreise Braunsberg-Heilsberg im Abgeordnetenhaus vertreten. Vor dem war Herr Dr. Kolberg Decan in Chrissburg.

* [Ordensverleihung.] Dem Maschinen-Unter-Ingenieur a. D. Großmann zu Neufahrwasser bei Danzig, bisher von der Marine-Station der Ostsee, ist der Kronen-Orden 1. Klasse verliehen worden.

* [Schwurgericht.] Zu Geschworenen für die am nächsten Montag beginnende vierte Schwurgerichtsperiode sind folgende Herren als Geschworene ausgelost: Tischlermeister Gründ, Schlossermeister Friedland, Bonbonfabrikant Schmitz, Buchdruckereibesitzer Böning, Zimmermeister Kamrowski, die Kaufleute M. A. Brodtkor, J. W. Hallauer, H. F. Staberom, M. Bock, E. J. H. Poschmann, C. G. Engels, F. A. H. Crohn, F. A. C. Kamalki, Dr. Dasse, P. G. Berent, J. Kahn jun., sämlich aus Danzig; Gutsbesitzer L. Leweran-Johann-Ludwig-Pferdemenges-Kahm, Befleisch-Amtsselbstleute MacLean-Roschau, Lüderitz-Smolenz, Hofbesitzer Bönchendorf-Schmeerblock, Spielkai-Wonneberg; Rittergutsbesitzer Kämmerer-Al. Kleckschau, Hoyer-Straßnitz; Fabrikbesitzer Walter Preuß, Rentier Carlsohn und Kreisfussinspektor v. Cölln aus Dirksburg; Kaufmann Fahn aus Steegen und Kreisbau- meister Abel aus Berent. — Zur Verhandlung kommen, so weit wie jetzt bestimmt, nachstehende Anklagesachen: am 23. Juni gegen den Bürstenmachergesellen Franz Girakowski wegen Bettelns, Land-

Ausgaben, für welche durch die Emission der 3 prozent. Eisenbahnbölligationen Vorsorge getroffen ist, in Zukunft durch die Emission von amortisierten Staatsobligation

Neue Synagoge.

Gottesdienst.

Freitag, den 20. Juni. Abends
7½ Uhr.
Sonntags, 21. Juni. Vorm.
9 Uhr.
Heute früh 4 Uhr starb unter
liebes

Gretchen,
2½ Jahr alt, an Diphtheritis.
Die liebestrüben Eltern
Albert Braun und Frau
7112) Emilie, geb. Kehl,
Buenos Aires, 22. Mai 1890.

Concursverfahren.
Über das Vermögen des Land-
wirths Gustav Nehring zu
Buchowin wird heute am 16. Juni
1890, Vormittags 11 Uhr, das
Concursverfahren eröffnet.

Der Büchereivorstand Ernst Fritze
zu Lauenburg in Pomm. wird zum
Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis
zum 15. Juni 1890 bei dem Ge-
richte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung
über die Wahl eines anderen
Verwalters, sowie über die Be-
stellung eines Gläubigerausschusses
und einftretenden Fällen über die
in § 120 der Concursordnung be-
zeichneten Gegenstände, auf

den 9. Juli 1890,

Vormittags 11 Uhr,
und zur Prüfung der angemel-
deten Forderungen auf
den 13. August 1890,

Vormittags 10 Uhr
vor dem unterzeichneten Gerichte
Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur
Concursmasse gehörige Sache in
Besitz haben oder zur Concurs-
masse etwas hinzuläßt, sind, wird
aufgezogen, nichts an den Ge-
meinschaftsdienst zu verabschieden oder

zu leisten, auch die Verpflichtung
auferlegt, von dem Besitzer der
Sache und von den Forderungen,
für welche sie aus der Sache ab-
gesonderte Befriedigung in An-
spruch nehmen, dem Concurs-
verwalter bis zum 10. Juli 1890
Anreise zu machen.

Königliches Amtsgericht
zu Lauenburg in Pommern.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 16. Juni
1890 ist in das Geistheitsgerichtsamt
des unterzeichneten Gerichts bei
der unter Nr. 6 eingetragenen
Firma Geschwister Berent einge-
tragen daß die Handelsgeellschaft
durch gegenseitige Uebereinkunft
aufgelöst und die Firma er-
loßt ist.

Berent, den 16. Juni 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 10. Juni 1890 ist am 11. Juni
1890 die in Weisenberg befindende
Handelsniederlassung des
Raufmanns Ernst Grahm, eben-
falls unter der Firma E. Grahm
in das dieszeitige Firmen-
register unter Nr. 74 eingetragen.

Grahm, den 11. Juni 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 10. Juni 1890 ist am 11. Juni
1890 die in Culm errichtete Handelsniederlassung des
Raufmanns Ernst Grahm, eben-
falls unter der Firma E. Grahm
in das dieszeitige Firmen-
register unter Nr. 74 eingetragen.

Culm, den 16. Juni 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 10. Juni 1890 ist am 11. Juni
1890 die in Culm errichtete Handelsniederlassung des
Raufmanns Ernst Grahm, eben-
falls unter der Firma E. Grahm
in das dieszeitige Firmen-
register unter Nr. 74 eingetragen.

Culm, den 16. Juni 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Erfahrungsmäßig gehen bei
Beginn der Schul- und Gerichts-
ferien die Anträge auf Ausfertigung
zusammenstellbarer Fahrscheine
in gesteigerter Anzahl ein. Die betreffenden Bestellungen
müssen zunächst von der Station,
bei welcher sie eingerichtet worden
sind, einer der Ausgabestellen über-
mittelt werden, welche das Fahrscheinheft zusammenstellt und dem
nächsten der Befest-Station zur Aus-
händigung an den Betreiber jurif-
det. Da mithin zur Erledigung
der Anträge ein längerer Zeit-
raum erforderlich ist, so erläutern
wir die Bestellungen zeitig und
jedenfalls einige Tage vor dem
Antritt der Reise zu bewirken.

Bromberg, den 11. Juni 1890.

Königliche (7128)

Eisenbahn-Direction.

Dampfer Neptune und Montron
laden bis Sonnabend Abend in
der Stadt und Neufahrwasser
nach Dirichow, Memel, Kurekrauk,
Neuenburg, Graudenz, Schwedt,
Culm, Bromberg, Montow, Thorn.
Güteranmeldungen erbeten

Ferdinand Krahn,

Schäferei 18.

Loose.

Marienburg. Schlossbau 3 M.
Marienburg. Pferde-Lotterie 1 M.
zu haben in der
Expedition d. Danziger Zeitung.

Original - Loose und Anhieb-
scheine der Schlossfreiheit
Lotterie V. (Klein) Klasse zu
verschiedenen Preisen.

Imperialer Pferde-Lotterie
Ziehung 20. Juni. Loose a M 1.
Loose der Marienburger Pferde-
Lotterie a M 1.

Marienburger Geld - Lotterie,
Hauptgewinn: M 90 000, Loose
a M 3 bei

7122

Postgeschäfts-Vorbildung
in Bromberg von Pfarrer A. D.
Hah, Ritter pp., (wie durchschnitt-
liche Ausbildung der bisher exa-
minierten Jünglinge betrug 4 M.
nate).

(7116)

Stottern!

heil dauernd und gründlich
Merke, aus Burgsteinfurt, 2 Zeit
Danzig, Vorst. Graben 66, Gal-
Gasse. Methode durchaus rationell.
Sprechst. Vorm. 9-11, Nachm.
3-5 Uhr. Anmelb. baldigt erb.

(7138)

Nach Hela.

Bei günstiger Witterung D. „Putz“ Sonntag, den 22. Juni er-

Absatz von Danzig 7 Uhr Morgens vom Johannishofe

(Anlegen Neufahrwasser „In den Provinzen“).

Absatz von Hela 12 Uhr Mittags.

Passagiergeb.: Danzig - Neufahrwasser) — Hela und zurück

M 1 pro Person.

„Weichsel“ Danziger Dampffschiffahrt und

Seebad Action-Gesellschaft.

Eduard Beren. (7132)

Abonnements-Einladung

auf die täglich erscheinende

„Insterburger Zeitung“

mit den Beilagen:

„Unterhaltungsblatt“

(erscheint am Sonntag)

und

„Landwirthschaftliche Mittheilungen“

(erscheinen am Donnerstag).

Telegraphische Depots. Telegraphischer Produktenbericht

von der Königsberger Börse. Die vollständigen Lieferungslisten der

Königl. preuß. Kloßlotterie.

Insterburg finden durch die Insterburger Zeitung in Cittau

Man abonniert auf die „Insterburger Zeitung“ bei allen Post-

Anstalten zum Preis von Mark 2,00 für das Quartal.

Zu zahlreichem Abonnement für das III. Quartal 1890 laden ein

Die Expedition der „Insterburger Zeitung“.

(7132)

Neuheiten

in

Reisedecken, Plaids, Regen- und Tou-

ristenschirmen, Sommer-Unterkleidern,

Cravatten, seid. Taschentüchern.

F. W. Puttkammer,

Luchhandlung en gros und en detail,

gegründet 1831. (7145)

Beste schlesische u. englische Stück-, Würfel-,

Ruß- und Grußkohlen,

kleingemachtes Buchen- und Fichten- Dén- und Sparherdholz,

vorzügl. Birkenholz, Alsen u. kleingemach. zur Kaminsfeuerung

besonders geeignet, Tisch, Coaks, holzhohle empfiehlt ab Hof oder

franko Haus zu marktgemachten Preisen.

Wilh. Schwarm,

Holz- und Kohlenhandlung, Mühlengasse 27/30.

Zum Schutze

gegen irreführende Nachanmung.

Alle Freunde und Consumenten echter Hunyadi János

Quelle werden gebeten, in den Depots stets ausdrücklich

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

Vorzüge nach Gutachten ärztlicher Autoritäten:

Prompte, angenehme, zuverlässige Wirkung. Leicht und

ausdauernd vertragen. Milder Geschmack. ☺

Gleichmässiger, nachhaltiger Effect. Geringe Dosis.

(7145)

Saxlehner's

Bitterwasser

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork

die Firma „Andreas Saxlehner“ tragen.

zu verlangen und darauf zu sehen, ob Etiquette und Kork